

Bundesgesetzblatt ⁹⁹³

Teil II

Z 1998

1995

Ausgegeben zu Bonn am 8. Dezember 1995

Nr. 35

Tag	Inhalt	Seite
28. 11. 95	Siebente Verordnung über die Inkraftsetzung von Änderungen des Internationalen Übereinkommens von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See und des Protokolls von 1978 zu diesem Übereinkommen (7. SOLAS-ÄndV)	994
4. 12. 95	Verordnung über die deutsch-polnische Vereinbarung zur Regelung des Aufenthalts von Mitgliedern der polnischen Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland für die Übung „Spessart 95“	995
19. 10. 95	Bekanntmachung des deutsch-bolivianischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	1001
24. 10. 95	Bekanntmachung des deutsch-mongolischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	1003
30. 10. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens gegen Geiselnahme	1005
30. 10. 95	Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Frauen und Jugend der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium für Erziehung, Kultur und Bildung der Republik Lettland über jugendpolitische Zusammenarbeit	1005
3. 11. 95	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu dem Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht	1008

Die Anlage zur 7. SOLAS-ÄndV vom 28. November 1995 wird als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblatts ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblatts Teil II wird der Anlageband auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlags übersandt.

**Siebente Verordnung
über die Inkraftsetzung von Änderungen
des Internationalen Übereinkommens von 1974
zum Schutz des menschlichen Lebens auf See
und des Protokolls von 1978 zu diesem Übereinkommen
(7. SOLAS-ÄndV)**

Vom 28. November 1995

Auf Grund des § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, 4, 5, 6 und 7 des Seeaufgabengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. September 1994 (BGBl. I S. 2802), der durch Artikel 1 des Gesetzes vom 6. Juni 1995 (BGBl. I S. 778) geändert worden ist, verordnet das Bundesministerium für Verkehr:

§ 1

Folgende Entschlüsse zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See (BGBl. 1979 II S. 141), zuletzt geändert durch Entschluß MSC.27(61) vom 11. Dezember 1992 (BGBl. 1994 II S. 2458), werden hiermit in Kraft gesetzt:

1. die in London am 24. Mai 1994 von der Konferenz der Vertragsregierungen beschlossene Entschluß 1,
2. die in London am 23. Mai 1994 vom Schiffssicherheitsausschuß der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation beschlossene Entschluß MSC.31(63),
3. die in London am 9. Dezember 1994 vom Schiffssicherheitsausschuß der Internationalen Seeschifffahrts-Organisation beschlossene Entschluß MSC.42(64).

Die Entschlüsse werden nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht. *)

§ 2

(1) Diese Verordnung tritt hinsichtlich der Anlage 1 der in § 1 Nr. 1 genannten Entschluß sowie hinsichtlich der Anlage 1 der in § 1 Nr. 2 genannten Entschluß am 1. Januar 1996 in Kraft.

(2) Im übrigen tritt diese Verordnung an den Tagen in Kraft, an denen die in § 1 genannten Entschlüsse und ihre Anlagen für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten. Die Tage sind im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 28. November 1995

Der Bundesminister für Verkehr
Wissmann

*) Die Entschlüsse werden als Anlageband zu dieser Ausgabe des Bundesgesetzblatts ausgegeben. Abonnenten des Bundesgesetzblatts Teil II wird der Anlageband auf Anforderung gemäß den Bezugsbedingungen des Verlags übersandt.

**Verordnung
über die deutsch-polnische Vereinbarung
zur Regelung des Aufenthalts von Mitgliedern der polnischen Streitkräfte
in der Bundesrepublik Deutschland für die Übung „Spessart 95“**

Vom 4. Dezember 1995

Auf Grund des Artikels 1 des Streitkräfteaufenthaltsgesetzes vom 20. Juli 1995 (BGBl. 1995 II S. 554) verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

Die am 10. November 1995 in Bonn paraphierte deutsch-polnische Vereinbarung durch Notenwechsel zur Regelung des Aufenthalts von Mitgliedern der polnischen Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland für die Übung „Spessart 95“ wird hiermit in Kraft gesetzt. Der Text des Notenwechsels einschließlich seiner Anlage in deutscher, polnischer und englischer Sprache wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt an dem Tage in Kraft, an dem die in Artikel 1 genannte Vereinbarung durch Vollendung des Austauschs der Noten in Kraft tritt. Der Tag des Inkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 4. Dezember 1995

Der Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl

Der Bundesminister der Verteidigung
Rühe

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Auswärtiges Amt

Bonn, den 28. November 1995

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Republik Polen im Hinblick darauf, daß das Abkommen vom 19. Juni 1995 zwischen den Vertragsstaaten des Nordatlantikvertrags und den anderen an der Partnerschaft für den Frieden teilnehmenden Staaten über die Rechtsstellung ihrer Truppen von der Bundesrepublik Deutschland am 20. Juli 1995 und von der Republik Polen am 3. November 1995 unterzeichnet worden ist, und unter Bezugnahme auf die zwischen Vertretern der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen geführten Gespräche über den vorübergehenden Aufenthalt polnischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland zur Teilnahme an der Übung „Spessart 95“ in Hammelburg im Dezember 1995 folgendes vorzuschlagen:

Für die Einreise von Mitgliedern der polnischen Streitkräfte in die Bundesrepublik Deutschland und ihren vorübergehenden Aufenthalt zur Teilnahme an der Übung „Spessart 95“ in Hammelburg im Dezember 1995 gelten die in der Anlage dieser Note enthaltenen Bestimmungen.

Falls sich die Regierung der Republik Polen mit dem Inhalt dieser Note und der Anlage einverstanden erklärt, werden diese Note einschließlich der Anlage und die ihr Einverständnis zum Ausdruck bringende Antwortnote eine Vereinbarung bilden, die mit Vollendung des Austausches der Noten in Kraft tritt.

Der deutsche, polnische und englische Wortlaut der Anlage sind beigefügt, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des polnischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlaß, die Botschaft der Republik Polen erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die
Botschaft
der Republik Polen
Köln

Botschaft der
Republik Polen

Köln, den 28. November 1995

Verbalnote

Die Botschaft der Republik Polen beehrt sich, den Eingang der Verbalnote des Auswärtigen Amtes vom 28. November 1995 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

(Es folgt der Text der einleitenden Note.)

Die Botschaft beehrt sich, dem Auswärtigen Amt mitzuteilen, daß sich die Regierung der Republik Polen mit dem Vorschlag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland einverstanden erklärt. Demgemäß bilden die Verbalnote des Auswärtigen Amtes vom 28. November 1995 einschließlich der Anlage und diese Antwortnote eine Vereinbarung, die mit Vollendung des Austausches der Noten in Kraft tritt.

Die Botschaft der Republik Polen benutzt diesen Anlaß, das Auswärtige Amt erneut ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

An das
Auswärtige Amt
Bonn

Anlage	Annex	Załącznik
1. Mitglieder der polnischen Streitkräfte sind befugt, in die Bundesrepublik Deutschland einzureisen und sich darin zur Teilnahme an der Übung „Spessart 95“ aufzuhalten. Der Begriff „Mitglieder der Streitkräfte“ bezeichnet das militärische Personal und die von den Streitkräften beschäftigten Zivilpersonen sowie an der Übung teilnehmende Militärbeobachter.	1. Members of the Polish armed forces are authorized to enter into and to be present in the Federal Republic of Germany to participate in the exercise "Spessart 95". The expression "members of the armed forces" means the military personnel and the civilians who are in the employ of the armed forces as well as military observers taking part in the exercise.	1. Członkowie Sił Zbrojnych RP mają prawo wjazdu i pobytu w Republice Federalnej Niemiec w celu uczestniczenia w ćwiczeniach „Spessart 95”. Pod pojęciem „członek sił zbrojnych” rozumie się personel wojskowy i cywilnych pracowników sił zbrojnych oraz obserwatorów wojskowych uczestniczących w ćwiczeniu.
2. Für Einreise, Aufenthalt und Ausreise bestimmen sich die Rechte und Pflichten der polnischen Streitkräfte und ihrer Mitglieder nach der deutschen Rechtsordnung und den folgenden Bestimmungen.	2. For the entry into, presence in and exit from the Federal Republic of Germany, the rights and obligations of the Polish armed forces and their members will be governed by the German legal order and the following provisions.	2. Prawa i obowiązki Sił Zbrojnych RP i ich członków dotyczące wjazdu, pobytu i wyjazdu z Republiki Federalnej Niemiec określa niemiecki porządek prawny i poniższe postanowienia.
3.1 Mitglieder der polnischen Streitkräfte führen beim Grenzübertritt und während ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland entweder einen gültigen Reisepaß oder, sofern sie in eine Sammeliste eingetragen sind und sich der Einheitsführer durch einen gültigen Reisepaß ausweisen kann, einen amtlichen Ausweis mit sich.	3.1 When crossing the frontier and during their presence in the Federal Republic of Germany, members of the Polish armed forces will carry either a valid passport or an official identification card, provided they are entered on a collective list and the commander of their unit can prove his identity by way of a valid passport.	3.1. Przy przekraczaniu granicy i podczas pobytu w Republice Federalnej Niemiec członkowie Sił Zbrojnych RP muszą posiadać ważne paszporty albo oficjalne karty identyfikacyjne - jeżeli są wpisani na zbiorczą listę i dowódca jednostki może udokumentować swoją tożsamość ważnym paszportem.
3.2 Die internationalen Gesundheitsvorschriften und die Gesundheitsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland werden beachtet.	3.2 The international health regulations and the health regulations of the Federal Republic of Germany will be observed.	3.2. Przestrzegane będą międzynarodowe regulacje i przepisy Republiki Federalnej Niemiec dotyczące ochrony zdrowia.
3.3 Wird die öffentliche Sicherheit oder Ordnung der Bundesrepublik Deutschland durch ein Mitglied der polnischen Streitkräfte gefährdet, so kann der Bundesminister der Verteidigung die unverzügliche Entfernung dieses Mitglieds vom deutschen Hoheitsgebiet verlangen. Die polnische Seite kommt solchen Ersuchen um Entfernung nach.	3.3 If the public safety or order of the Federal Republic of Germany is endangered by a member of the Polish armed forces, the German Federal Minister of Defence may request the immediate removal of that member from German territory. The Polish Side will comply with such removal requests.	3.3. W przypadku zagrożenia bezpieczeństwa lub porządku publicznego Republiki Federalnej Niemiec ze strony członka Sił Zbrojnych RP Federalny Minister Obrony Niemiec może zażądać niezwłocznego wydalenia tego członka z terytorium Niemiec. Strona Polska stosuje się do żądania wydalenia.
4.1 Die polnischen Streitkräfte sind befugt, Waffen ein- und auszuführen und im deutschen Hoheitsgebiet zu befördern, soweit dies für den Zweck der Übung unabdingbar ist. Die polnische Seite wird die Typen und Mengen dieser Waffen spätestens 14 Tage vor dem vorgesehenen Grenzübertritt näher bestimmen.	4.1 The Polish armed forces are authorized to import, export and move in German territory arms in so far as this is indispensable for the purpose of the exercise. The Polish Side will, not later than fourteen days prior to the planned date of the crossing of the frontier, specify types and quantities of these arms.	4.1. Siły Zbrojne RP mają prawo przywozu, wywozu i przewozu na terytorium Niemiec broni w zakresie niezbędnym dla celu ćwiczenia. Strona Polska nie później niż czternaście dni przed planowaną datą przekroczenia granicy określi rodzaj i ilość tej broni.
4.2 Mitglieder der polnischen Streitkräfte sind zum Waffengebrauch im Rahmen des deutschen Notwehrrechts befugt.	4.2 Members of the Polish armed forces are authorized to use their weapons within the limits of the German law relating to the right of self-defence.	4.2. Członkowie Sił Zbrojnych RP mają prawo użycia broni zgodnie z niemieckimi przepisami o obronie koniecznej.
5. Mitglieder der polnischen Streitkräfte sind berechtigt, während ihres vorübergehenden Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland Uniform zu tragen.	5. Members of the Polish armed forces will have the right to wear uniform during their temporary presence in the Federal Republic of Germany.	5. Członkowie Sił Zbrojnych RP są uprawnieni podczas tymczasowego pobytu w Republice Federalnej Niemiec do noszenia swoich mundurów wojskowych.
6.1 Mitglieder der polnischen Streitkräfte unterliegen, insbesondere hinsichtlich der Strafgerichtsbarkeit, dem deutschen Recht.	6.1 Members of the Polish armed forces will be subject to German law, especially in respect of criminal jurisdiction.	6.1. Członkowie Sił Zbrojnych RP będą podlegać prawu niemieckiemu, w szczególności jurysdykcji karnej.

- 6.2 Von der Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit soll abgesehen werden, es sei denn, daß wesentliche Belange der deutschen Rechtspflege die Ausübung erfordern. Wird von der Ausübung der deutschen Gerichtsbarkeit über ein Mitglied der polnischen Streitkräfte abgesehen, so entfernt die polnische Seite den Beschuldigten unverzüglich aus dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.
- 6.2 The exercise of German criminal jurisdiction will be waived unless essential interests of German administration of justice make imperative such exercise of jurisdiction. If the exercise of German jurisdiction over a member of the Polish armed forces is waived, the Polish Side will immediately remove the person charged with an offence from the territory of the Federal Republic of Germany.
- 6.2. Odstępuje się od wykonywania niemieckiej jurysdykcji kamej, chyba że jej wykonywanie będzie niezbędne ze względu na istotne interesy niemieckiego wymiaru sprawiedliwości. W przypadku odstąpienia od wykonywania niemieckiej jurysdykcji w stosunku do członka Sił Zbrojnych RP Strona Polska natychmiast wycofa obwinionego z terytorium Republiki Federalnej Niemiec.
- 6.3 Die zuständigen Behörden und Gerichte beider Seiten leisten einander im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts Rechtshilfe zur Unterstützung von Strafverfahren. Ist ein Mitglied der polnischen Streitkräfte, das einer Straftat verdächtigt wird, in die Republik Polen zurückgekehrt, so wird diese auf Ersuchen der deutschen Behörden den Fall ihren zuständigen Behörden zum Zweck der Strafverfolgung unterbreiten.
- 6.3 The competent authorities and courts of the two Sides will render each other legal assistance within the limits of their internal law, in order to support criminal proceedings. If a member of the Polish armed forces who is suspected of a criminal offence has returned to the Republic of Poland, then the latter will submit this case, at the request of the German authorities, to its competent authorities for the purpose of criminal prosecution.
- 6.3. Właściwe władze i sądy obu stron udzielą sobie wzajemnie pomocy prawnej w granicach ich prawa wewnętrznego w celu wspierania postępowania karnego. W przypadku, gdy członek Sił Zbrojnych RP podejrzany o przestępstwo wrócił do Rzeczypospolitej Polskiej, Strona Polska na prośbę władz niemieckich przekaże sprawę swoim właściwym władzom w celu wszczęcia postępowania karnego.
7. Die zuständigen polnischen Behörden haben das Recht, die zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Disziplin notwendigen Disziplinarmaßnahmen, die ihnen nach polnischem Recht zustehen, gegen Mitglieder ihrer Streitkräfte auch in der Bundesrepublik Deutschland zu verhängen und zu vollstrecken.
7. The competent Polish authorities will have the right, within the authority conferred upon them under Polish law, to impose and execute, also in the Federal Republic of Germany, the necessary disciplinary measures against members of their armed forces to maintain order and discipline.
7. Właściwe władze polskie będą miały prawo, w ramach kompetencji nadanych im prawem polskim, do nakładania i wykonywania również w Republice Federalnej Niemiec niezbędnych środków dyscyplinarnych w stosunku do członków swoich sił zbrojnych dla utrzymania porządku i dyscypliny.
8. Die deutschen Behörden und Gerichte sind im Rahmen ihrer Befugnisse berechtigt, Zwangsmaßnahmen gegen Mitglieder der polnischen Streitkräfte während ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland anzuordnen und durchzuführen. Nach der vorläufigen Festnahme eines Mitglieds der polnischen Streitkräfte durch eine deutsche Behörde wird die polnische Seite hierüber unverzüglich unterrichtet.
8. German authorities and courts will have the right to order and carry out, to the extent that their powers allow, coercive measures against members of the Polish armed forces during their presence in the Federal Republic of Germany. Following the temporary detention of a member of the Polish armed forces by a German authority, the Polish Side will be accordingly notified without delay.
8. Niemieckie władze i sądy będą uprawnione do orzekania i stosowania, w zakresie swoich uprawnień, środków przymusu w stosunku do członków Sił Zbrojnych RP podczas ich pobytu w Republice Federalnej Niemiec. Po tymczasowym zatrzymaniu członka Sił Zbrojnych RP przez władze niemieckie Strona Polska będzie niezwłocznie powiadamiana.
9. Die polnischen Streitkräfte dürfen die ihnen zugewiesenen Fernmeldeanlagen und Frequenzen der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland (Bundeswehr) zum Zweck der Übung unentgeltlich benutzen.
9. The Polish armed forces may use telecommunications facilities and frequencies of the armed forces of the Federal Republic of Germany assigned to them without any charges, provided that such communication is for the purpose of the exercise.
9. Siły Zbrojne RP mogą bezpłatnie używać przydzielonych im urządzeń telekomunikacyjnych i częstotliwości Sił Zbrojnych Republiki Federalnej Niemiec, pod warunkiem, że będą one wykorzystywane dla celu ćwiczenia.
- 10.1 Beide Seiten anerkennen die Bedeutung des Umweltschutzes bei Tätigkeiten ihrer an der Übung teilnehmenden Streitkräfte. Die deutschen Rechtsvorschriften zum Schutz der Umwelt werden angewandt. Soweit Umweltbeeinträchtigungen unvermeidbar sind, haben die teilnehmenden Streitkräfte sie durch angemessene Maßnahmen auszugleichen.
- 10.1 Both Sides acknowledge the importance of environmental protection in the context of activities of their armed forces participating in the exercise. The German legal provisions for the protection of the environment will be applied. Where detrimental effects are unavoidable, participating forces are to offset them by taking appropriate restorative or balancing measures.
- 10.1. Obie Strony uznają wagę ochrony środowiska w kontekście działalności ich sił zbrojnych uczestniczących w ćwiczeniu. Stosowane będą niemieckie przepisy prawne dotyczące ochrony środowiska. Jeżeli szkodliwych skutków nie da się uniknąć, uczestniczące siły zbrojne powinny je naprawić podejmując odpowiednie środki przywracające stan poprzedni lub równoważące środowisko.
- 10.2 Die anwendbaren Vorschriften für die Benutzung von Ausbildungseinrichtungen, insbesondere die Sicherheitsbestimmungen und die Bestimmungen zum Schutz der Umwelt, werden beachtet. Die Dienstvorschriften der Bundeswehr für Manöver und Übungen finden Anwendung. Restbestände an Kampfmitteln dürfen nicht
- 10.2 The applicable rules for the use of training installations, especially the safety provisions and the provisions for the protection of the environment, will be observed. The German Federal Armed Forces service regulations governing manoeuvres and exercises will apply. Non-expended munitions shall not be disposed of by detonation
- 10.2. Przestrzegane będą odpowiednie przepisy dotyczące korzystania z urządzeń szkoleniowych, w szczególności odnośnie bezpieczeństwa i ochrony środowiska. Stosowane będą regulaminy Niemieckich Federalnych Sił Zbrojnych odnoszące się do manewrów i ćwiczeń. Niewykorzystana amunicja nie będzie niszczone po-

durch Sprengung oder Verbrennung in hierfür nicht genehmigten Anlagen beseitigt werden.

10.3 Die zuständigen Behörden und die Streitkräfte beider Seiten arbeiten bei der Vorbereitung und Durchführung der Übung in allen Belangen des Umweltschutzes eng zusammen.

11.1 Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger der polnischen Streitkräfte werden von der zuständigen polnischen Behörde registriert und zugelassen. Sie führen eine Kennnummer und ein deutliches Nationalitätskennzeichen.

11.2 Für die Mitglieder der polnischen Streitkräfte gelten die deutschen Verkehrsvorschriften einschließlich der Vorschriften über das Verhalten am Unfallort und der Vorschriften über den Transport gefährlicher Güter. Die zuständigen deutschen Behörden überwachen die Einhaltung dieser Vorschriften. Diese Überwachung kann gemeinsam mit der polnischen Seite durchgeführt werden.

12. Beide Seiten übernehmen unmittelbar die rechtlichen Verpflichtungen, die sich aus dem Betrieb ihrer Dienstkraftfahrzeuge sowie aus dem Führen von Waffen im Zusammenhang mit der Übung ergeben.

13.1 Jede Seite haftet für alle der anderen Seite oder Dritten entstandenen Schäden, die durch Handlungen oder Unterlassungen der Mitglieder ihrer Streitkräfte, für die ihre Streitkräfte rechtlich verantwortlich sind, im Zusammenhang mit der Übung verursacht worden sind. Dritte sind auch Länder, Landkreise, Gemeinden und andere kommunale Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Für die Haftung beider Seiten sind die Bestimmungen des deutschen Rechts maßgebend, nach denen sich unter sonst gleichen Umständen die Haftung der Bundesrepublik Deutschland bestimmen würde. Schadensersatzansprüche Dritter werden von den deutschen Behörden durch Zahlung einer Geldentschädigung abgegolten. Die Republik Polen erstattet der Bundesrepublik Deutschland diese für die polnische Seite zur Regelung des Anspruchs erbrachten Zahlungen und Auslagen. Diese Bestimmungen sind nicht auf Ansprüche aus Verträgen oder vertragsähnlichen Rechtsverhältnissen anzuwenden.

13.2 Schadensersatzansprüche gegen Mitglieder der polnischen Streitkräfte aus Handlungen oder Unterlassungen, die nicht in Ausübung des Dienstes begangen worden sind, werden wie folgt behandelt:

a) Die zuständigen deutschen Behörden prüfen den Anspruch, ermitteln in billiger und gerechter

or incineration at installations not approved for this purpose.

10.3 The competent authorities and the armed forces of both Sides will closely cooperate on all matters of environmental protection, in the preparation and the implementation of the exercise.

11.1 Motor vehicles and trailers of the Polish armed forces will be registered and licensed by the competent Polish authority. They will carry a registration number and a clearly visible nationality plate.

11.2 Members of the Polish armed forces will be subject to the German traffic regulations, including the regulations concerning behaviour at the scene of an accident and the regulations on the transport of hazardous material. Compliance with these regulations will be monitored by the competent German authorities. This monitoring may be conducted jointly with the Polish Side.

12. Both Sides will directly assume the legal obligations resulting from the operation of their service vehicles or from the carrying of weapons in connection with the exercise.

13.1 Each Side will be liable for all damage caused to the other Side or third parties in connection with the exercise by acts or omissions of members of their armed forces for which their armed forces are legally responsible. Third parties will include Länder, rural districts, local authorities and other local corporations under public law.

The liability of both Sides will be governed by those provisions of German law which would apply, under otherwise similar circumstances, to liability of the Federal Republic of Germany. Third party claims for damages will be settled by the German authorities by payment of pecuniary compensation. The Republic of Poland will reimburse the Federal Republic of Germany for those payments made on behalf of the Polish Side and for expenses incurred in settling such claims. These provisions will not be applied to claims based on contracts or quasi-contractual relationships.

13.2 Claims arising against members of the Polish armed forces from acts or omissions not occurring in the performance of official duty will be dealt with as follows:

a. The competent German authorities will examine the claim, ascertain in an equitable and just man-

ner durch detonacje lub przetapianie w urzędzeniach nie służących dla tego celu.

10.3. Właściwe organy i siły zbrojne obu Stron będą ściśle współpracować we wszystkich sprawach dotyczących ochrony środowiska podczas przygotowywania i przeprowadzania ćwiczenia.

11.1. Pojazdy samochodowe i przyczepy Sił Zbrojnych RP będą zarejestrowane i dopuszczone do ruchu przez właściwe władze polskie. Będą one oznakowane numerami rejestracyjnymi i wyraźnie widocznym znakiem przynależności państwowej.

11.2. Członkowie Sił Zbrojnych RP będą przestrzegać niemieckich przepisów ruchu drogowego, włącznie z przepisami dotyczącymi zachowania się na miejscu wypadku, a także przepisów dotyczących przewozu materiałów niebezpiecznych. Przestrzeganie tych przepisów będzie podlegać kontroli właściwych władz niemieckich. Kontrola taka może być przeprowadzana wspólnie ze Stroną Polską.

12. Obie Strony przyjmują bezpośrednio na siebie zobowiązania prawne wynikające z używania pojazdów służbowych oraz z posiadania przy sobie broni w związku z ćwiczeniem.

13.1. Każda ze Stron będzie odpowiedzialna za wszelkie szkody wyrządzone drugiej Stronie lub osobom trzecim w związku z ćwiczeniem poprzez działania lub zaniechania członków ich sił zbrojnych, za które ich siły zbrojne są prawnie odpowiedzialne. Osobami trzecimi są także kraje związkowe, powiaty, gminy i inne komunalne jednostki prawa publicznego.

Odpowiedzialność obu Stron będą regulować te przepisy prawa niemieckiego, które stosowanyby się w podobnych okolicznościach do odpowiedzialności Republiki Federalnej Niemiec. Roszczenia odszkodowawcze osób trzecich będą zaspokajane przez władze niemieckie poprzez wypłatę odszkodowania pieniężnego. Rzeczpospolita Polska zwróci Republice Federalnej Niemiec sumy wypłacone w imieniu Strony Polskiej i wydatki poniesione w związku z zaspokojeniem roszczeń. Powyższe postanowienia nie będą miały zastosowania do roszczeń wynikających ze stosunków umownych lub quasiumownych.

13.2. Roszczenia przeciwko członkom Sił Zbrojnych RP wynikające z działań lub zaniechań nie związanych z wykonywaniem obowiązków służbowych będą regulowane w następujący sposób:

a. Właściwe władze niemieckie zbadają roszczenie, określą w słuszny i sprawiedliwy sposób su-

- Weise unter Berücksichtigung aller Umstände des Falles einschließlich des Verhaltens der verletzten Person den dem Antragsteller zukommenden Betrag und fertigen einen Bericht über die Angelegenheit an.
- b) Wird eine Abfindung ohne Anerkennung einer Rechtspflicht von der polnischen Seite angeboten und wird dieses Angebot von dem Antragsteller als volle Befriedigung seines Anspruchs angenommen, so nehmen die deutschen Behörden die Zahlung vor. Die Republik Polen erstattet der Bundesrepublik Deutschland die erbrachten Zahlungen.
- c) Die Bestimmungen dieses Absatzes lassen die Zuständigkeit der deutschen Gerichte für die Durchführung eines Verfahrens gegen ein Mitglied einer Truppe oder eines zivilen Gefolges unberührt, sofern und solange nicht eine Zahlung als volle Befriedigung des Anspruchs geleistet worden ist.
14. Für die polnischen Übungsteilnehmer werden während der Übung „Spessart 95“ folgende Sachleistungen unter Berücksichtigung der bestehenden Gegenseitigkeit unentgeltlich bereitgestellt:
- Truppenverpflegung
 - Unterkunft in militärischen Liegenschaften
 - Nutzung der Übungsanlagen
 - Transport im Übungsraum
 - Medizinische Notfallversorgung in militärischen Einrichtungen.
15. Nach Maßgabe des in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechts einschließlich der anwendbaren EG-Vorschriften sind die polnischen Streitkräfte von Einfuhrabgaben und von der Einfuhrumsatzsteuer befreit.
16. Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Seiten über die Anwendung oder Auslegung dieser Bestimmungen werden auf dem Verhandlungsweg beigelegt.
17. Diese Bestimmungen gelten ausschließlich für die Übung „Spessart 95“.
- ner the amount due to the claimant, taking into account all circumstances of the case, including the conduct of the injured person, and prepare a report on the matter.
- b. If a lump-sum settlement is offered by the Polish Side without recognition of a legal obligation and this offer is accepted by the claimant as paid in full satisfaction of his or her claim, the German authorities will make the appropriate payment. The Republic of Poland will reimburse the Federal Republic of Germany for the payments made.
- c. The provisions of this subsection shall not affect the jurisdiction of German courts for the conduct of proceedings against a member of a force, unless and until a payment is made in full satisfaction of the claim.
14. During the exercise „Spessart 95“ the following support will be provided free of charge for the Polish participants in the exercise considering existing reciprocity:
- Field messing
 - Accommodation in military facilities
 - Use of exercise facilities
 - Transport in the exercise area
 - Medical emergency care in military facilities.
15. According to the law in force in the Federal Republic of Germany, including the applicable EC regulations, the Polish armed forces are exempted from import duties and from turnover tax on imports.
16. Differences of opinion between both Sides about the application or interpretation of these provisions will be settled by negotiation.
17. These provisions shall apply exclusively to the “Spessart 95” exercise.
- mę należną zgłaszającemu roszczenie, z uwzględnieniem wszystkich okoliczności sprawy, w tym zachowanie się poszkodowanego, i sporządzą raport.
- b. Jeżeli Strona Polska zaoferuje zryczałtowaną kwotę odszkodowania bez uznania obowiązku prawnego i ta oferta zostanie przyjęta przez poszkodowanego jako zaspokajająca wszelkie jego roszczenia, władze niemieckie dokonają stosownej wypłaty. Rzeczpospolita Polska zwróci Republice Federalnej Niemiec wypłaconą kwotę.
- c. Postanowienia tego ustępu nie mają wpływu na jurysdykcję sądów niemieckich w zakresie wszczęcia postępowania przeciw członkowi sił zbrojnych, o ile i dopóki nie nastąpi wypłata w pełni zaspokajająca roszczenie.
14. Polscy uczestnicy ćwiczenia „Spessart 95“, biorąc pod uwagę istniejącą wzajemność, otrzymają bezpłatnie następujące świadczenia:
- wyżywienie
 - zakwaterowanie w obiektach wojskowych
 - korzystanie z urządzeń szkoleniowych
 - transport w obszarze ćwiczenia
 - pomoc medyczną w nagłych przypadkach w obiektach wojskowych.
15. Zgodnie z prawem obowiązującym w Republice Federalnej Niemiec, włączając odpowiednie przepisy prawa Wspólnoty Europejskiej, Siły Zbrojne RP są zwolnione z opłat celnych i podatku obrotowego od importu.
16. Różnice zdań między Stronami dotyczące stosowania lub interpretacji niniejszych postanowień rozstrzygane będą drogą negocjacji.
17. Niniejsze postanowienia odnoszą się wyłącznie do ćwiczenia „Spessart 95“.

**Bekanntmachung
des deutsch-bolivianischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 19. Oktober 1995

Das in Cochabamba am 29. August 1995 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Bolivien über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 7

am 29. August 1995

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 19. Oktober 1995

**Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Schweiger**

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Bolivien
über Finanzielle Zusammenarbeit „Warenhilfe IV“**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung der Republik Bolivien –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Bolivien,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Bolivien beizutragen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Bolivien, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Frankfurt am Main, zur Finanzierung der Devisenkosten für den Bezug von Waren und Leistungen zur Deckung des laufenden notwendigen zivilen Bedarfs und der im Zusammenhang mit der finanzierten Wareneinfuhr anfallenden Devisen- und Inlandskosten für Transport, Versicherung und Montage, ein Darlehen bis zu insgesamt 30 000 000,- DM (in Worten: dreißig Millionen Deutsche Mark) zu erhalten.

(2) Es muß sich hierbei um Lieferungen und Leistungen gemäß der diesem Abkommen als Anlage 1 beigefügten Liste handeln,

für die die Lieferverträge nach dem 1. Juli 1995 abgeschlossen worden sind.

Artikel 2

Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrages sowie die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Darlehens zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Bolivien verpflichtet sich gegenüber der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die Verwendung der aus dem Verkauf der in Artikel 1 genannten Waren und Leistungen entstehenden Gegenwertmittel gemäß der diesem Abkommen als Anlage 2 beigefügten sektoralen Verteilung nachzuweisen.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Bolivien stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluß und Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrages in Bolivien erhoben werden.

Artikel 5

Die Regierung der Republik Bolivien überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maß-

nahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieses Verkehrsunternehmens erforderlichen Genehmigungen.

ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin bevorzugt genutzt werden. Die weitere Ausgestaltung bestimmt der in Artikel 2 genannte Vertrag.

Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Cochabamba am 29. August 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Horst Oskar Siffrin

Für die Regierung der Republik Bolivien
Fernando Cossio
Jaime Aparicio Otero

Anlage 1
zum Abkommen vom 29. August 1995
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Bolivien
über Finanzielle Zusammenarbeit „Warenhilfe IV“

1. Liste der Waren und Leistungen, die gemäß Artikel 1 des Regierungsabkommens vom 29. August 1995 über Finanzielle Zusammenarbeit „Warenhilfe IV“ aus dem Darlehen finanziert werden können:
 - Vorprodukte für die Nahrungsmittelindustrie
 - Brennstoffe, Mineralien, mineralische Öle, elektrische Energie
 - Seifen, organische waschaktive Produkte, verschiedene Produkte der chemischen Industrie mit Ausnahme von Pestiziden und Insektiziden
 - Plastikmaterialien und daraus hergestellte Fertigwaren
 - Gummi und Gummifertigwaren
 - Papier und Karton: Fertigwaren aus Papier- und Kartonpappmaché
 - Diskontinuierliche synthetische oder künstliche Fasern
 - Gießereiprodukte, Eisen und Stahl
 - Eisen- und Stahl-Gießereifertigwaren
 - Maschinen, Geräte, elektrisches Material und Teile davon; Tonaufnahme- und -wiedergabegeräte
 - Fahrzeuge, Automobile, Zugmaschinen, Fahrräder und andere Landfahrzeuge, deren Teile und Zubehör
 - Optische, fotografische oder cinematografische Meß-, Kontroll- oder Präzisionsinstrumente und -apparate; medizinisch-chirurgische Instrumente und Apparate.
2. Einfuhrgüter, die in dieser Liste nicht enthalten sind, können nur finanziert werden, wenn die vorherige Zustimmung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland dafür vorliegt.
3. Die Einfuhr von Luxusgütern und von Verbrauchsgütern für den privaten Bedarf sowie von Gütern und Anlagen, die militärischen Zwecken dienen, ist von der Finanzierung aus dem Darlehen ausgeschlossen.

**Anlage 2
zum Abkommen vom 29. August 1995
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Bolivien
über Finanzielle Zusammenarbeit „Warenhilfe IV“**

Sektorale Verteilung, die gemäß Artikel 3 des Regierungsabkommens vom 29. August 1995 über Finanzielle Zusammenarbeit „Warenhilfe IV“ für die Verwendung der aus dem Verkauf der in Artikel 1 des Regierungsabkommens entstehenden Gegenwertmittel vorgesehen ist:

1. Finanzierung des Servicio Civil	8 000 000,- DM
2. Finanzierung von Counterpartleistungen für Investitionen	
a) Erziehungsreform	6 800 000,- DM
b) Volksbeteiligung (Participación Popular)	2 500 000,- DM
3. Zusatzkosten für die Finanzierung der einzelnen Reformen, die als Counterpartleistungen der Regierungen angesetzt sind	
a) Erziehungsreform	10 700 000,- DM
b) Volksbeteiligung	500 000,- DM
c) Justizreform	1 500 000,- DM

**Bekanntmachung
des deutsch-mongolischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 24. Oktober 1995

Das in Bonn am 20. September 1995 unterzeichnete
Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik
Deutschland und der Regierung der Mongolei über Finan-
zielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 6

am 20. September 1995

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 24. Oktober 1995

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Barthelt

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Mongolei über Finanzielle Zusammenarbeit 1995

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Mongolei –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Mongolei,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Mongolei beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll der Regierungsverhandlungen vom 5. Juli 1995 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Mongolei, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Frankfurt am Main, für die Vorhaben

- a) „KMU – Kreditprogramm/Finanzsektorförderung“ ein Darlehen bis zu 10,0 Mio DM (in Worten: zehn Millionen Deutsche Mark) und für eine Begleitmaßnahme erforderlichenfalls einen Finanzierungsbeitrag bis zu 0,8 Mio DM (in Worten: achthunderttausend Deutsche Mark) zu erhalten, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist,
- b) „Studien- und Fachkräftefonds II“ einen Finanzierungsbeitrag von bis zu 1,2 Mio DM (in Worten: eine Million zweihunderttausend Deutsche Mark) zu erhalten.

(2) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Mongolei zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(3) Das in Absatz 1 Buchstabe a bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Mongolei durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(4) Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen gemäß den Absätzen 1 und 2 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

Artikel 2

Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Darlehens und der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

Artikel 3

Die Regierung der Mongolei stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluß und der Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in der Mongolei erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Mongolei überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im Land-, See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, die die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Lieferungen und Leistungen die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin bevorzugt genutzt werden. Die weitere Ausgestaltung bestimmen die in Artikel 2 genannten Verträge.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Bonn am 20. September 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher, mongolischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des mongolischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Spranger
Walter Lewalter

Für die Regierung der Mongolei
Ts. Gombosuren

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens gegen Geiselnahme**

Vom 30. Oktober 1995

Das Internationale Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 gegen Geiselnahme (BGBl. 1980 II S. 1361) ist nach seinem Artikel 18 Abs. 2 für

Liechtenstein am 28. Dezember 1994
nach Maßgabe der folgenden, bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde abgegebenen Erklärung

in Kraft getreten:

(Übersetzung)

«... la Principauté de Liechtenstein interprète l'article 4 de la Convention dans le sens que la Principauté de Liechtenstein s'engage à remplir les obligations qui y sont contenues dans les conditions prévues par sa législation interne ...»

„... das Fürstentum Liechtenstein legt Artikel 4 des Übereinkommens in dem Sinne aus, daß das Fürstentum Liechtenstein sich verpflichtet, die darin enthaltenen Verpflichtungen unter den in seinem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Bedingungen zu erfüllen ...“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 17. Januar 1995 (BGBl. II S. 133).

Bonn, den 30. Oktober 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
der Vereinbarung
zwischen dem Bundesministerium für Frauen und Jugend
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Ministerium für Erziehung, Kultur und Bildung
der Republik Lettland
über jugendpolitische Zusammenarbeit**

Vom 30. Oktober 1995

Die in Riga am 3. Juni 1994 unterzeichnete Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Frauen und Jugend der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium für Erziehung, Kultur und Bildung der Republik Lettland über jugendpolitische Zusammenarbeit ist nach ihrem Artikel 8 am

25. September 1995

in Kraft getreten; sie wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 30. Oktober 1995

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Im Auftrag
Wabnitz

**Vereinbarung
zwischen dem Bundesministerium für Frauen und Jugend
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Ministerium für Erziehung, Kultur und Bildung
der Republik Lettland
über jugendpolitische Zusammenarbeit**

Das Bundesministerium für Frauen und Jugend
der Bundesrepublik Deutschland

und

das Ministerium für Erziehung, Kultur und Bildung
der Republik Lettland –

auf der Grundlage der Gemeinsamen Erklärung vom 20. April 1993 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Lettland,

auf der Grundlage des Abkommens vom 20. April 1993 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Lettland über kulturelle Zusammenarbeit,

überzeugt von dem wesentlichen Beitrag der Jugend beim Aufbau von gegenseitigem Verständnis und Zusammenarbeit,

in dem Willen, die gegenseitigen jugendpolitischen Beziehungen zwischen beiden Ländern auszuweiten und zu vertiefen,

mit dem Ziel, das gegenseitige Kennenlernen der Jugendlichen beider Länder voranzubringen –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien fördern in jeder Weise die allseitigen Verbindungen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Jugend beider Länder durch Begegnungen, Austausch und Vertiefung der Zusammenarbeit in allen Bereichen der Jugendarbeit auf der Grundlage der Gegenseitigkeit.

(2) Die Vertragsparteien eröffnen die Möglichkeit des Jugendaustauschs für Jugendliche aus allen gesellschaftlichen Bereichen und Schichten und ungeachtet ihrer Zugehörigkeit zur Mehrheitsbevölkerung oder zu einer nationalen Minderheit. Die Teilnahme an Programmen ist nicht von der Zugehörigkeit zu einem Jugendverband abhängig.

(3) Am Jugendaustausch können grundsätzlich Jugendliche im Alter von 12 bis 26 Jahren teilnehmen. Unter diese Altersbegrenzung fallen nicht Begleitpersonen sowie Fachkräfte und Multiplikatoren der Jugendarbeit. Weitere Ausnahmen bedürfen der vorherigen Zustimmung der Vertragsparteien.

(4) Diese Vereinbarung umfaßt nicht den Austausch von Jugendlichen zu Zwecken des Studiums oder der wissenschaftlichen Arbeit, der Berufsausbildung, der Arbeitsaufnahme, den Schüler- und Lehreraustausch sowie den Austausch und die Begegnung auf dem Gebiet des Leistungssports.

Artikel 2

Die Jugendverbände und Jugendgruppen sowie die in der Jugendarbeit tätigen Institutionen und Organisationen führen die

Programme aufgrund direkter Absprachen und in eigener Verantwortung durch.

Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien unterstützen insbesondere folgende Arten und Formen der jugendpolitischen Zusammenarbeit:

1. Gemeinsame Informations- und Fortbildungsveranstaltungen für Fachkräfte der Jugendarbeit und Vertreterinnen und Vertreter von Jugendorganisationen und Jugendverbänden;
2. Hospitationen für Fachkräfte der Jugendarbeit;
3. Jugendtreffen zum vertiefenden gegenseitigen Kennenlernen und zur besseren Verständigung;
4. gemeinsame Seminare und Veranstaltungen über politische, soziale, geschichtliche, landeskundliche, kulturelle sowie wirtschaftliche Themen;
5. freiwillige gemeinsame Arbeiten der Jugend zu Zwecken des Gemeinwohls (work-camps);
6. gemeinsame Maßnahmen im Bereich des Umwelt-, Natur- und Denkmalschutzes;
7. gemeinsame Maßnahmen mit behinderten Jugendlichen und Fachkräften der Arbeit mit Behinderten;
8. gemeinsame Maßnahmen im Bereich der kulturellen, geistes- und naturwissenschaftlichen sowie technischen Jugendbildung;
9. Begegnungen und Erfahrungsaustausch im Bereich der sportlichen Jugendarbeit;
10. Begegnungen und Erfahrungsaustausch zwischen jungen Erwerbstätigen;
11. Austausch von Jugendgruppen im Rahmen von kommunalen und regionalen Beziehungen;
12. gemeinsame Veranstaltungen zum Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Jugendpolitik und der Jugendforschung;
13. Austausch von jungen Journalisten und von Vertretern und Vertreterinnen aus Jugendmedien.

(2) Die Vertragsparteien räumen der fachlichen Zusammenarbeit Vorrang ein vor Programmen der Jugendbegegnungen.

Artikel 4

(1) Zur Umsetzung dieser Vereinbarung bilden beide Vertragsparteien eine gemischte Fachkommission. Über die Sitzungen der gemischten Fachkommission werden Protokolle angefertigt.

(2) Gegenstand der Sitzungen der gemischten Fachkommission sind die Auswertung der jugendpolitischen Zusammenarbeit, die Koordinierung der Programme und Maßnahmen, die Anregung neuer Partnerschaften sowie die Festlegung von Schwerpunkten der jugendpolitischen Zusammenarbeit und ihrer zukünftigen Entwicklung.

(3) Die Protokolle können zwischen beiden Vertragsparteien direkt in gemeinsamen Sitzungen oder über die jeweiligen Botschaften vereinbart werden.

Artikel 5

(1) Die Vertragsparteien stellen für den Jugendaustausch und die Zusammenarbeit der Organisationen und Institutionen im Jugendbereich öffentliche Mittel nach Maßgabe der geltenden Rechtsvorschriften zur Verfügung.

(2) Die Vertragsparteien sind bestrebt, die finanziellen Rahmenbedingungen für die jugendpolitische Zusammenarbeit zu verbessern.

Artikel 6

(1) Die Vertragsparteien vereinbaren die devisenlose Durchführung des Austauschs. Für die Programme und Maßnahmen der jugendpolitischen Zusammenarbeit gilt grundsätzlich:

- a) Die empfangende Seite trägt die Kosten für den Aufenthalt, die Kosten für das Programm und gegebenenfalls der Reisen, die zum Programm gehören. Sie verpflichtet sich, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die Dauer des Aufenthalts ausreichend gegen Unfall, Krankheit und Schadensersatzansprüche zu versichern. Ausgenommen hiervon sind chronische Erkrankungen und Zahnersatz. Wenn nicht anders vereinbart, stellt die gastgebende Seite eine Dolmetscherin/eine Sprachmittlerin beziehungsweise einen Dolmetscher/einen Sprachmittler.
- b) Die entsendende Seite trägt die Kosten für die Hinreise zu dem Ort des gemeinsamen Programmbeginns sowie für die Rückreise.

(2) Beide Seiten können den Teilnehmerinnen und Teilnehmern an den Programmen ein Taschengeld gewähren. Die Höhe des Taschengeldes wird jährlich von den beiden Vertragsparteien festgelegt.

(3) Beide Seiten erteilen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern am Austausch auf der Grundlage der Gegenseitigkeit die Visa kostenfrei. Beide Seiten bemühen sich, die Visa unverzüglich zu erteilen.

Artikel 7

(1) Diese Vereinbarung schließt nicht die Möglichkeit der Entwicklung anderer oder zusätzlicher Kontakte und Vorhaben in der beiderseitigen jugendpolitischen Zusammenarbeit aus.

(2) Diese Vereinbarung berührt nicht die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien aus anderen völkerrechtlichen Übereinkünften.

Artikel 8

Diese Vereinbarung tritt in Kraft, sobald die Vertragsparteien einander mitgeteilt haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Als Tag des Inkrafttretens wird der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung angesehen.

Artikel 9

Diese Vereinbarung wird für die Dauer von fünf Jahren geschlossen. Sie verlängert sich jeweils stillschweigend um weitere fünf Jahre, sofern sie nicht von einer der beiden Vertragsparteien spätestens sechs Monate vor Ablauf der jeweiligen Geltungsdauer schriftlich gekündigt wird.

Geschehen zu Riga am 3. Juni 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und lettischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für das Bundesministerium für Frauen und Jugend
der Bundesrepublik Deutschland
Cornelia Yzer

Für das Ministerium für Erziehung, Kultur und Bildung
der Republik Lettland
Eizenija Aldermane

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz - Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. - Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (0228) 38208-0, Telefax: (0228) 38208-36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich 97,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 3,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1993 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe ohne Anlageband: 5,05 DM (3,10 DM zuzüglich 1,95 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 6,05 DM.

Preis des Anlagebandes: 8,15 DM (6,20 DM zuzüglich 1,95 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 9,15 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Z 1995 · Entgelt bezahlt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens über den Beitritt des Königreichs Spanien
und der Portugiesischen Republik zu dem Übereinkommen
über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht**

Vom 3. November 1995

Das Übereinkommen vom 18. Mai 1992 über den Beitritt des Königreichs Spanien und der Portugiesischen Republik zu dem am 19. Juni 1980 in Rom zur Unterzeichnung aufgelegten Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (BGBl. 1995 II S. 306) wird nach seinem Artikel 5 Abs. 2 für

Frankreich am 1. Dezember 1995
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 26. September 1995 (BGBl. II S. 908).

Bonn, den 3. November 1995

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Schürmann